

# Die «Bombe» im Bootshaus

**Amtsgericht** Einbrecher wollte Spuren verwischen und drehte das Gas auf

VON CHRISTOPH NEUENSCHWANDER

Die Geschichte von David N.\* stimmt nachdenklich und zuversichtlich zugleich. Seit seiner Jugend kämpft der heute 41-jährige Schweizer mit Drogenproblemen. Immer wieder hat er versucht, von seiner Sucht loszukommen, immer wieder ist er gescheitert. Oft sah er in der Kriminalität den einzigen Weg, seine Sucht zu finanzieren. Sein Vorstrafenregister umfasst sieben Seiten. Und auch die Anklageschrift zur gestrigen Verhandlung vor dem Amtsgericht Solothurn-Lebern ist nicht gerade kurz.

Wie es scheint, hat das aktuelle Strafverfahren jedoch zu einer positiven Wende im Leben von David N. geführt. Dies zumindest ist die Interpretation von Staatsanwältin Claudia Scartazzini. Das Verfahren, zusammen mit dem Wunsch des Angeklagten, nicht mehr ins Gefängnis gehen zu müssen, habe sicher geholfen, dass er seit nunmehr anderthalb Jahren die stationäre Therapie durchhalte. Die Therapie wiederum habe ein Umdenken bewirkt. «Während N. anfänglich alle Schuld auf die Drogen schob, zeigt er nun deutlich mehr Einsicht», sagte Scartazzini.

## Schlechter Brandbeschleuniger

«Ich war schockiert, als ich nüchtern genug war, um zu realisieren, was ich getan hatte», erzählte David N. selbst. Vorgehalten werden ihm eine Vielzahl von Beschaffungsdelikten, mehrheitlich Ladendiebstähle. Am schwersten wiegt jedoch der Einbruch, den der Beschuldigte im März 2012 begangen hatte. Mitten in der Nacht war er ins Klubhaus des Solothurner Pontoniervereins eingedrungen, um eine Stereoanlage, Bierflaschen und weitere Güter zu entwenden. Weil er seine Spuren verwischen wollte, zündete er ein Holzschicht an, goss Gin darüber und öffnete schliesslich das Ventil einer Propangasflasche.

Dass es beim blossen «Versuch der Verursachung einer Explosion» blieb, so die Anklage, sei dem Umstand zu verdanken, dass Gin kein sonderlich guter Brandbeschleuniger sei. Im Gegenteil: Der Gin löschte das Feuer vermutlich aus.

## Zahlreiche Therapieversuche

«Ich bin froh, dass die Hütte nicht in die Luft geflogen ist», hatte David N. später bei der Einvernahme gesagt. Dass genau das sein Ziel gewesen war, kann er aber bis heute nicht aus-



Würde Gin besser brennen, wäre das Pontonier-Bootshaus im März 2012 vielleicht von einem Drogensüchtigen gesprengt worden. HANSJÖRG SAHLI

schliessen. «Ich weiss nicht mehr, was ich mir gedacht habe», sagte er gestern vor Gericht. «Vermutlich habe ich gar nicht gedacht.» Er habe zum Zeitpunkt der Tat unter Drogen- und Alkoholeinfluss gestanden und könne sich nur vage erinnern. «Mir war nicht bewusst, dass ich da eine Bombe hinterliess.»

Inzwischen hat David N. einen verantwortungsvollen Posten in seiner Therapie-WG und darf an Wochenenden unbeaufsichtigt auswärts übernachten. Nachdem er bei zahlreichen früheren Therapieversuchen überfordert gewesen sei, habe die Deliktserie Anfang 2012 und der «mangelnde Respekt mir selbst gegenüber» ausreichend Motivation geschaffen, die stationäre Behandlung durchzuhalten.

Nur die Neueintritte, die – wie N. es selbst auch getan hatte – oft rebellieren und für Turbulenz sorgen, die stressen ihn zuweilen. «Ich wäre froh, wenn ich die stationäre Therapie in sechs bis acht Monaten abschliessen könnte», so N. Eine ambulante Behandlung wolle er aber auf jeden Fall fortsetzen. «Ich will zurück ins Leben.»

## «Exorbitante Umtriebskosten»

Staatsanwältin Scartazzini beantragte dem Amtsgericht eine unbedingte Freiheitsstrafe von 3 Jahren, wobei die Haft zugunsten der stationären Therapie aufzuschieben und die bereits absolvierten anderthalb Jahre anzurechnen seien. Verteidiger Andreas Wehrle gab der Staatsanwaltschaft in etlichen Punkten recht, beurteilte das Feuer im Bootshaus allerdings als Brandstiftung, da keine ernsthafte Explosionsgefahr bestanden hätte.

Wehrle stellte zudem einige Zivilforderungen infrage, die er im Grundsatz zwar anerkannte, nicht aber im Ausmass. So habe David N. zu Fuss unmöglich 25 Flaschen Bier, 10 Flaschen Wein und eine Stereoanlage aus dem Bootshaus abtransportiert wie von den Pontonieren geltend gemacht. Auch anerkenne sein Mandant die Schadensforderungen für Diebesgüter aus dem «Avec» (Fr. 10.60) sowie aus dem «Aldi» (Fr. 1.19), nicht aber die «exorbitanten Umtriebskosten», die die Ladenketten geltend machen.

\* Name von der Redaktion geändert

**«David N. hat unmöglich zu Fuss 25 Flaschen Bier, zehn Flaschen Wein und eine Stereoanlage mitgenommen.»**

Andreas Wehrle, Verteidiger

## Tagesfamilien: Erste Gemeinden fördern finanziell

**Leistungsvereinbarung** Solothurn, Biberist und Feldbrunnen-St. Niklaus fördern die Kinderbetreuung in Tagesfamilien. Im Januar unterzeichnen die drei Gemeinden eine Leistungsvereinbarung mit dem Verein Tagesfamilien Kanton Solothurn (VTSO). Eltern aus diesen Gemeinden, die ihre Kinder bei den vom Verein angestellten Tageseltern betreuen lassen, profitieren von günstigeren Tarifen sowie von Geschwisterrabatten. Langendorf diskutierte zurzeit die künftige Zusammenarbeit, heisst es in einer Mitteilung des Vereins.

## Alle Gemeinden angeschrieben

Der VTSO wurde im Frühling 2012 gegründet und fusionierte im April 2013 mit den bestehenden Tagesfamilienvereinen des Kantons. Damit mussten auch die mit vorher bestehenden Leistungsvereinbarungen neu verhandelt werden. Im August 2013 nahm der VTSO mit allen Gemeinden des Kantons schriftlich Kontakt auf. Der VTSO bietet im ganzen Kanton professionelle Kinderbetreuung in familiären Strukturen an. Die Tageseltern sind vertraglich angestellt und abgesichert. (MGT)

# Allianz aus CVPlern, Kirche und Gewerkschaft

**Bettag** Das Solothurner Volk soll entscheiden, ob der Bettag als hoher Feiertag gestrichen wird. Ein Komitee aus CVP- und EVP-Kantonsräten, Gewerkschaften und Landeskirchen will rasch die 1500 Unterschriften für das Referendum sammeln.

VON CHRISTIAN VON ARX

Das Referendumskomitee gegen das totalrevidierte Ruhetagsgesetz steht. Als Co-Präsidenten werden in einer Medienmitteilung von gestern Dienstag CVP-Kantonsrätin Bernadette Rickenbacher (Starrkirch-Wil) und Markus Baumann (Derendingen), Präsident des Gewerkschaftsbunds des Kantons Solothurn (GbS), genannt.

Der GbS hatte das Referendum sofort nach dem Kantonsratsentscheid vom 29. Januar angekündigt. Für die Unterschriftensammlung tut er sich nun mit kirchlich motivierten Kreisen zusammen: Zum Referendumskomitee stossen die sechs CVP-Kantonsräte Bernadette Rickenbacher, Edgar Kupper (Laupersdorf), Sandra



Bernadette Rickenbacher.



Markus Baumann. OTR/SZR

Kolly (Neuendorf), Susan von Sury (Solothurn), Bruno Vögli (Hochwald) und Marie-Theres Widmer (Steinhof), dazu EVP-Kantonsrat René Steiner (Olten). «Mit vereinten Kräften will das Komitee dafür kämpfen, dass das Gesetz dem Solothurner Stimmvolk zur Abstimmung vorgelegt wird», heisst es in der Medienmitteilung.

Die CVP-Politiker sitzen im eigenen Namen im Komitee. Dass die CVP als Partei ein Referendum ergreife, sei nicht üblich, erklärt Parteipräsidentin Sandra Kolly auf Anfrage. In

# Nur noch 12 statt 14 Wochen Schulferien?

**Auftrag** 40 statt bisher 38 Wochen Schule und damit nur noch 12 statt 14 Wochen Ferien: Das verlangt die FDP-Fraktion im Kantonsrat. Der Regierungsrat sagt weder Ja noch Nein; er will eine Erhöhung der Schulwochen zuerst umfassend prüfen.

VON CHRISTIAN VON ARX

Solothurner Schüler/-innen haben pro Jahr 38 Wochen Schule: So bestimmen es die kantonalen Gesetze für die Volks-, Mittel- und Berufsschule. Das ist im gesamtschweizerischen Vergleich wenig. Vier Ostschweizer Kantone haben 40 Schulwochen, zehn Kantone (darunter die Nachbarländer AG, BE, BL, JU sowie auch BS und ZH) haben 39 Wochen, zwei verlangen 38,5 Wochen. Sieben Kantone liegen gleichauf mit Solothurn, und nur gerade zwei Kantone, liegen darunter, nämlich Wallis mit 37 und Tessin mit 36,5 Wochen. Aus Schülersicht empfiehlt sich somit das Tessin als Wohnort.

Diese Sicht wäre aber zu einfach, findet die FDP-Fraktion im Solothurner Kantonsrat. Sie will aber nicht die Schüler stressen, ganz im Gegenteil. Für die FDP liegt die wöchentliche Lektionenzahl der Solothurner Schüler/-innen nämlich an der mittleren bis oberen Belastungsgrenze. «Die Ausweitung auf 40 Schulwochen mindert den schulischen Druck auf die Schülerinnen und Schüler und wirkt sich dadurch auch positiv auf die Entwicklung unserer Kinder aus», so die FDP in ihrer Begründung. Auch für die Lehrer/-innen würde sich eine Verteilung der gleichen Anzahl Lektionen auf mehr Schulwochen günstig auswirken. Und durch die Senkung der Anzahl Lektionen pro Woche erhofft sich die FDP erst noch einen Spareffekt. Nur Gewinner also?

## Weniger Lektionen als anderswo

Die Stellungnahme des Regierungsrates versalzt diese verführerische Argumentation mit ein paar Wenn und Aber. So erinnert sie daran, dass Schülerinnen und Schüler im Kanton Solothurn schlicht weniger Unterrichtslektionen erhalten als

im Rest der Schweiz. Im Jahr 2008 waren es am wenigsten Volksschullektionen von allen Kantonen, seither hat der Kanton durch die Einführung der Frühfremdsprachen etwas aufgeholt. Heute sind es auf der Primarstufe aber immer noch nur 6080 Lektionen, im Vergleich zu 6438 Lektionen im Landesdurchschnitt (94,4 Prozent).

Soll nun durch zusätzliche Schulwochen das Lektionentotal erhöht werden? Oder sollen durch Abbau der wöchentlichen Lektionenzahl die Schüler entlastet und Geld gespart werden? – Die Regierung erwähnt auch, dass das wöchentliche Unterrichtspensum der Solothurner Lehrer/-innen im schweizerischen Vergleich hoch ist. Wenn gespart werden soll, müsste dies hohe Unterrichtspensum beibehalten werden; der Spareffekt würde dann durch einen Stellenabbau erreicht.

Unter dem Strich findet die Regierung eine Erhöhung der Anzahl Unterrichtswochen prüfenswert. Doch sollten dabei auch die Auswirkungen auf Lektionentafeln, Arbeitsverhältnisse der Lehrer/-innen, Schulorganisation und Bedürfnisse von Eltern und Schülern genau angeschaut werden. Die Regierung wünscht sich darum vorerst einen unverbindlichen Prüfauftrag. Dementsprechend soll der Wortlaut des FDP-Auftrags geändert werden.



Bald weniger Schulferien? AZR

**«Eine Erhöhung der Anzahl Unterrichtswochen ist grundsätzlich prüfenswert.»**

Regierungsrat

**«Wir setzen uns ein sportliches Ziel und möchten die Unterschriften schon bis Ende Februar beisammen haben.»**

Markus Baumann, Präsident Gewerkschaftsbund

der CVP stösst das Ziel, den Bettag als hohen Feiertag zu erhalten, aber auf viel Sympathie: Laut Kolly unterstützen auch die beiden Nationalräte Stefan Müller und Urs Schläfli das Referendum. Kolly selbst hatte im Kantonsrat bei der Schlussabstimmung über das Gesetz Ja statt Nein gestimmt, und sie war nicht die Einzige in ihrer Fraktion. «Ich war kurz abgelenkt und konnte nicht mehr rechtzeitig den richtigen Knopf drücken. Ein peinlicher Fauxpas, für den ich mich ohreifeig könnte – aber ich stehe zu diesem Fehler», erklärt sie.

Unterstützung von den Kirchen Unterstützung kommt von der Solothurnischen interkonfessionellen Konferenz (Siko). Das bestätigt auf Anfrage Siko-Präsident Ruedi Köhli (Bettlach): «Die Präsidenten der Landeskirchen haben bestätigt, dass sie das Referendum unterstützen.» In der Siko sind die Römisch-katholische Synode, die Evangelisch-refor-

mierte Kirche, die Reformierte Bezirkssynode und der Christkatholische Synodalverband Kanton Solothurn zusammengeschlossen.

Nach Auskunft von Staatsschreiber-Stellvertreterin Yolanda Studer wird das vom Kantonsrat am 29. Januar beschlossene neue Ruhetagsgesetz im Amtsblatt von kommender Woche (14. Februar) veröffentlicht. Dann hat das Komitee bis zum 15. Mai 90 Tage Zeit, um die nötigen 1500 Unterschriften zu sammeln.

**Abstimmen schon am 18. Mai?**

«Wir setzen uns aber ein sportliches Ziel und möchten die Unterschriften schon bis Ende Februar beisammen haben», erklärte Markus Baumann gestern auf Anfrage. Das Ziel: Die Bettags-Abstimmung soll bereits am 18. Mai stattfinden, wenn auf eidgenössischer Ebene unter anderem über die Mindestlohn-Initiative der Gewerkschaften und über das Kampfflugzeug Gripen abgestimmt wird.